

[PRESSEAUSSSENDUNG]

Sehr geehrte MedienvertreterInnen!

Arbeitslose haben KEINE Lobby! Die österreichische Regierung, das AMS, die Sozialreferenten in den Ländern wollen in der Öffentlichkeit zeigen, dass sie etwas gegen die steigende Arbeitslosigkeit unternehmen. Das AMS muss jede Möglichkeit nutzen, die Zahlen in der Statistik so niedrig wie möglich zu halten, und so wenig Arbeitslosengeld wie möglich zu zahlen. Die Gemeinden freuen sich, dass sie durch die Aktion 4000 zu billigen Arbeitskräften kommen - 2/3 bezahlt das AMS und der Arbeitslose bekommt nur „Transitarbeitslohn“. Dadurch kann der Arbeitsrückstand aufgeholt werden, der entstand weil „Sparen“ angesagt ist. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Ing. Christian Meidlinger, hat bei Bekanntwerden der „Aktion 4000“ gesagt, es wird kein Lohndumping, keinen Zwang und keine Arbeitskräfte 2. Klasse in den Gemeinden geben! Jetzt läuft die Aktion in Wien voll an und die Gewerkschaft schweigt.

Das alles auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen! Bitte veröffentlichen Sie folgende Tatsachen! Ein Bericht aus der Steiermark:

ARBEITSLOSE ALS BILLIGE UND RECHTLOSE ARBEITSKRÄFTE FÜR GEMEINDEN

Arbeitslosenverein AMSEL gegen systematische Umgehung regulärer Kollektivverträge durch „Transitarbeit“.

In der Steiermark ist den Arbeitslosen das AMS-Arbeits"beschaffungs"projekt „Aktion Gemeinde“ und die durchführenden gemeinnützigen Vereine wie z.B. Erfa und Gegko schon bekannt. Jetzt startet die „Aktion 4000“ finanziert durch den Bund und Arbeitslose werden nicht nur 2 bis 3 Monate sondern bis zu einem Jahr lang auch für qualifizierte Tätigkeiten und auch im Rahmen von Urlaubs- oder Krankenstandsvertretungen eingesetzt.

Für diese Tätigkeiten in den Gemeindeabteilungen wird nicht die für die entsprechende Arbeit vorgesehene kollektivvertragliche Entlohnung, sondern nur ein wesentlich geringeres Entgelt als „Transitarbeitskraft“ gezahlt. Dabei gibt es keine Anrechnung der Ausbildung oder der Vordienstzeiten und bei erneuten Zuweisungen keine Gehaltsvorrückungen. Egal was und wie lange gearbeitet wird, die Betroffenen erhalten einheitlich nur monatlich 1.130 bis 1.300 Euro brutto. Zum Vergleich eine Sekretärin mit erweitertem Aufgabenbereich erhält nach BAGS (Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheits- und Sozialberufe) im 1. Jahr schon 1.740,- Euro. Einen Betriebsrat können Transitarbeitskräfte auch nicht wählen und haben auch so in der Gewerkschaft keine Interessensvertretung.

Abgelehnt werden könne laut AMS ein solcher Arbeitseinsatz von einem/einer Arbeitslosen nicht, da diese im BAGS-Kollektivvertrag aufgenommen und Anm. von AMSEL von den Gewerkschaften gpa-djp und VIDA abgeseget sind. Hochqualifizierte und berufserfahrene Menschen können zu Hilfsdiensten herangezogen werden. Auch wenn der Lohn geringer ist als der Notstandshilfebezug, muss diese Arbeit angenommen werden.

Wird jedoch das Arbeitsmaterial und der Arbeitsplatz von der Gemeinde zur Verfügung gestellt und kommen die Arbeitsanweisungen von der Gemeinde, dann handelt es sich eindeutig um Umgehungsverträge. Die AMSEL empfiehlt daher Betroffenen, die Umstände der Arbeit genauestens zu dokumentieren und sich auch ZeugInnen zu sichern, um bei einem eventuellen Verfahren vor dem Arbeits- und Sozialgericht den widerrechtlich vorenthaltenen Lohn einklagen zu können.

Zusätzlich zum schlechten Lohn werden die Arbeitslosen auch psychologisch, sozialpädagogisch betreut, damit sie nach Abschluss ihrer Tätigkeit in den "Ersten Arbeitsmarkt" umsteigen könnten. Die meisten Betroffenen wären aber auch so voll arbeitsfähig und empfinden diese entmündigende Zwangsmaßnahme als entwürdigend und demotivierend. Es gibt viele Fehlzubeweisungen zu diesen Stellen am „Zweiten Arbeitsmarkt“, wobei die durchführenden gemeinnützigen Vereine selbstverständlich mitmachen, da sie vom AMS finanziell abhängig sind. Dass es in der Wirtschaft in hohem Maß zu einer Altersdiskriminierung kommt, kann auch die Betreuung nicht "beheben".

Gerade in der größten Wirtschaftskrise, in der immer mehr Menschen arbeitslos gemacht werden und immer weniger Jobs zur Verfügung stehen, werden mit Beitragsgeldern und Steuergeldern Zwangsarbeit nahe kommende AMS-Maßnahmen finanziert. Den Langzeitarbeitslosen wird vorgegaukelt, dass sie nach der Transitarbeitsstelle in ein reguläres Arbeitsverhältnis kommen, sie geben ihr Bestes, auch wenn sie nicht in ihrem Beruf eingesetzt werden, um dann festzustellen, dass es für die meisten leere Hoffnungen waren.

Laut AMS käme es zu keiner Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen durch Billigarbeit. Die Meinung von AMSEL: Die Bundesregierung ist sich sicher, dass sehr viel Arbeit in den Gemeinden vorhanden ist (4000 Stellen in ganz Österreich), die deshalb nicht getan wird, weil diese Stellen schon vorher eingespart wurden. Auch nach dieser Förderung wird kein Geld vorhanden sein um diese qualifizierten Langzeitarbeitslosen regulär zu beschäftigen.

Zu guter Letzt bekommen die schon mehr als zumutbar Ausgenützten unter Umständen (jünger als 45 Jahre alt) ein noch wesentlich geringeres Arbeitslosengeld als vorher (Nettoersatzrate nur 55% von der Transittätigkeit).

Für Arbeitslose kann dieser Arbeitseinsatz zu einem Qualifizierungsverlust, zu einer Abwärtsspirale und diese direkt in die Armut führen. Ist D I E S soziale Gerechtigkeit?

Kontakt:
Margit Schaupp Obfrau des Vereins AMSEL-Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen Schöckelbachweg 43, 8045 Graz office@amsel-org.info Tel.: 0699/81537867